

Aktiv gegen das Arten- und Insektensterben im Rems-Murr Kreis

Es war ein voller Saal im Schwabentreff, im Bürgerzentrum in Waiblingen als sich Kommunalpolitiker*innen und Vertreter von Naturschutz-verbänden am Samstag, den 10. März 2018 trafen um über Maßnahmen zu diskutieren, die Artenvielfalt im Rems-Murr Kreis so zu fördern, dass der Rückgang gestoppt wird.



Nach der Begrüßung durch die Kreisvorsitzende von BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN, Christel Brodersen referierte Andre Baumann, Staatssekretär im Umweltministerium über die Maßnahmen der Landesregierung von Baden-Württemberg, die aufgelegt sind, um der Natur in unserem Land wieder mehr Geltung zu verschaffen. Dazu hat die Landesregierung die Finanzmittel der letzten Legislaturperiode insgesamt verdreifacht und nun auf 90 Millionen Euro aufgestockt. Zusätzlich hat das Land kurzfristig noch einmal 36 Millionen nur für aktive Maßnahmen gegen das Arten- und Insektensterben in den Haushalt eingestellt.

Damit gibt die Grün-Schwarze Landesregierung über 100 Millionen Euro für die Naturschutzstrategie im Baden-Württemberg aus. Mehr als jedes andere Bundesland! Staatssekretär Andre Baumann erläuterte anhand von anschaulichen Statistiken und wissenschaftlichen Studien, dass der Handlungsbedarf vor allem dadurch entstanden ist, dass die Anzahl der Insekten seit 1990 um 80% zurückgegangen ist. Dies hat sowohl für die Pflanzen-, als auch für die Tierwelt - vor allem die Vögel - gravierende Folgen, die unsere Lebensgrundlagen bedrohen.

Ziel der Landesregierung ist es, eine grüne Infrastruktur zu schaffen, die ein Gegengewicht zur Versiegelung unserer Landschaften durch Baumaßnahmen führt. Dabei soll ein Verbundnetz von naturbelassenen und miteinander verbundenen Grünflächen im ganzen Land entstehen.



Landrat Dr. Sigel erläuterte die Maßnahmen des Landkreises durch das Umweltmanagement EMAS. Zielsetzung hierbei ist der Erhalt der biologischen Vielfalt auch durch Renaturierungsmaßnahmen über einen Zeitraum der nächsten 7 Jahre im Rems-Murr-Kreis. Dabei sollen vor allem auch streng geschützte Tierarten erhalten und wenn möglich auch wieder angesiedelt werden.

Dr. Siegel wies darauf hin, dass heute im Kreis schon ca. 11 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet werden und der Landkreis dort, wo er einen direkten Einfluss hat, auf den Einsatz von Glyphosat verzichtet wird. Zusätzlich wird man im Kontakt mit den Verbänden aller Unternehmen um darauf hinzuwirken, dass auch in der konventionellen Landwirtschaft der Einsatz vermieden und wo immer machbar reduziert wird. Darüber hinaus unterstützt der Kreis aktiv die Arbeit an geeigneten Gegenmaßnahmen zum aktuellen Bienensterben z.B. mit dem Bieneninformationshaus Alvarium. Dort werden durch den Bezirksimkerverein immer wieder Neuimker ausgebildet.



Bernhard Drixler, Geschäftsführer des Naturparks Schwäbisch-Fränkischer Wald informierte die Kommunalpolitiker anschließend über die Aktivitäten der Naturparkleitung. Mit über 900 Veranstaltungen von Naturparkführern hat man hier von Seiten des Naturparks mit einem vielfältigen Themenspektrum zum Erhalt der Biodiversität und zur Umweltsensibilisierung beigetragen.

Besonders zu erwähnen ist hier auch der Einsatz der Naturparkgeschäftsführung bei der Schulung von Bauhofmitarbeitern im gesamten Kreis im Hinblick auf einen bewussten und ökologisch sinnvollen Umgang bei allen auszuführenden Arbeiten und Tätigkeiten

in ihrem Aufgabenbereich.

Schwerpunkt in 2018 werden umfassende Aktionen zum Thema Sortenvielfalt sein, bei denen es am Ende darum geht, die Artenvielfalt im Naturpark zu erhöhen.

Nach der Mittagspause startete dann Bruno Lorinser, NABU-Vorsitzender in Waiblingen, seinen Part mit einer umfassenden und detaillierten Darlegung der Probleme für den Artenrückgang und die konkreten Folgen bei uns im Kreis.



Schon 1962 hatte die Autorin Rachel Carson in ihrem Buch „Silent Spring“ erstmals auf die Tatsache des Artenschwundes hingewiesen. Sehr problematisch allerdings sind die letzten Jahrzehnte seit 1990 gewesen. Seither sind die Artenvielfalt und die Anzahl der Insekten um ca. 80% zurückgegangen. Hauptursache neben einer Vielzahl von negativen Einflüssen wie Lichtverschmutzung, Versiegelung der Landschaft, Feinstaub und Stickstoffoxid-Emissionen sind vor allem das tonnenweise Ausbringen von Neonicotinoiden zur Insektenvernichtung durch die konventionelle Landwirtschaft. Diese wirken u.a. als Nervengift auf die Honigbienen. Das zusätzliche Problem ist dabei auch die sog. Halbwertszeit dieser Produkte, die ca. 19 Jahre beträgt. So schädigt das Gift jahrzehntelang die Umwelt.

Bruno Lorinser zeigte den Kommunalpolitiker*innen neben aller Problemerkläuterung vielfältige Wege und Möglichkeiten, wie man in den Kommunalparlamenten mit konkreten Maßnahmen etwas gegen das Artensterben tun kann: Ob mit Vorschriften von Nistgelegenheiten an Gebäuden in Bauvorschriften, oder Vorgaben für naturnahe Gärten mit einheimischen Pflanzen in Bebauungsplänen, bis hin zu Pflanzlisten für Bauherren, die beim Erteilen von Baugenehmigungen als Handreichung mitgegeben werden können.

Ein wichtiger Punkt für Kommunalpolitiker*innen ist auch darauf zu achten, dass die Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen aus Bebauungsplänen und die in Bebauungsplänen seit langem definierten Pflanzgebote von heimischen (insektenfreundlichen) Gehölzen auch umgesetzt werden. Erfahrungsgemäß werden oft 50% der vorgeschriebenen Ausgleichsmaßnahmen gar nicht umgesetzt bzw. nicht dauerhaft gepflegt.

Erschreckend ist auch der Trend in den Hausgärten bei aktuellen Neubaugebieten. Hier

findet man fast nur noch Steinflächen, Buchs und Kirschlorbeer und keinerlei Lebensraum mehr für Insekten oder Vögel.

Rechtlich gibt es die Möglichkeit, gegen solche offensichtlichen Verstöße vorzugehen. Die Naturschutzverbände haben gegen diese Vollzugsdefizite nun im Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz ein Klagerecht.

Kommunalpolitiker sollten hier mit den Naturschutzverbänden zusammenarbeiten und dafür sorgen, dass die Hausgärten-Flächen zu einer grünen Oase für Bienen, Insekten und Vögel werden.

Auch Kommunen könnten mit der Philosophie „Von der Grünfläche zur Blühfläche“ Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger sein.

Ein Hinweis der Gemeinde in ihren Publikationen, dass es auf Privatflächen und in Hausgärten verboten ist Pestizide auszubringen, kann ein hilfreicher Weg sein.

Der Nachmittag endete nach einer Fülle an Information und lebhaften Diskussionen mit dem Apell überall aktiv zu werden. Denn wie schon Albert Einstein vor nur mehr fast 100 Jahren sagte: „Nach den Bienen stirbt der Mensch!“

Deshalb sollten wir alles dafür tun, dass unsere Natur als unsere Lebensgrundlage so erhalten bleibt, wie sie geschaffen wurde!